

Die Welt | 06.06.13

Zwischen Ideologie und Realität

Partnerschaften zwischen Kommunen und Firmen können sich lohnen.

Die Sanierung der Schulen in Offenbach ist ein Beispiel *Von Richard Haimann*

Die Planer des Landkreises Offenbach hatten mit spitzer Feder gerechnet. Das Ergebnis fiel eindeutig aus: Insgesamt 960 Millionen Euro wären für den Gemeindeverband fällig geworden, hätte er seine 91 Schulen selbst modernisieren wollen. Nur 780 Millionen Euro sollte es dagegen kosten, die Aufgabe im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft für 15 Jahre an Unternehmen zu übertragen. Bei einer so hohen Einsparung von fast 19 Prozent fiel die Entscheidung vor acht Jahren nicht schwer. Die Sanierung und Betreuung der Schulen wurden 2005 an die Mannheimer SKE Schul-Facility-Management und die Hochtief-Tochter Hochtief PPP Schulpartner übergeben. Der Landkreis überweist seither monatlich eine fest vereinbarte Summe an beide Betreiber.

Jetzt, nachdem sämtliche Schulen modernisiert sind, zog das deutschlandweit größte Projekt einer öffentlich-privaten Partnerschaft (ÖPP) eine erste Bilanz. Die fällt nicht nur wegen der Einsparungen aus Sicht des Landkreises höchst zufriedenstellend aus: "Unsere Erfahrungen mit ÖPP sind absolut positiv", sagt Landrat Peter Walter. Dies gelte sowohl für die Umsetzung der Sanierung als auch die Qualität der Baumaßnahmen.

Auch an den Schulen wird die Zusammenarbeit positiv gesehen, wie eine Befragung zeigt. Nach Angaben von Claudia Jäger, Erste Beigeordnete Vertreterin des Landrats und zuständig für die Aufsicht des Baudezernats im Landkreis, sind fast 80 Prozent der Schulleiter mit den Dienstleistungen der beiden Projektgesellschaften zufrieden oder sehr zufrieden. "Die positive Resonanz zeigt, dass wir die gesetzten Ziele weitestgehend erreicht haben." Lob gibt es auch von Hessens Landesrechnungshof. Er kam bei einer Zwischenprüfung zu dem Schluss, der Kreis hätte aus eigener Kraft in so kurzer Zeit die Schulen nicht sanieren können. Die Kooperation sei eine "geeignete Beschaffungsvariante".

Die ersten ÖPP-Projekte wurden als Reaktion auf den starken Anstieg der öffentlichen Schulden in den 1980er-Jahren in Großbritannien ins Leben gerufen. Seit der Jahrtausendwende werden auch in Deutschland ([Link: http://www.welt.de/themen/deutschland-reisen/](http://www.welt.de/themen/deutschland-reisen/)) vermehrt sanierungsbedürftige öffentliche Gebäude für einen fest vereinbarten Zeitraum gegen fixe Monatszahlungen an privatwirtschaftliche Betreiber übertragen und von diesen modernisiert. Die Bandbreite reicht von Kindergärten, Schulen und Rathäusern bis hin zum Autobahn-Ausbau. Das bekannteste Verkehrsprojekt ist der von 2008 bis 2010 erfolgte Ausbau der A1 zwischen Bremen und dem Buchholzer Dreieck durch eine Konzessionsgesellschaft aus den Bauunternehmen Bilfinger Berger, Johann Bunte und dem britischen Investor John Laing.

Seit die ersten ÖPP-Projekte gestartet wurden, ist das Konzept umstritten. Kritiker sehen einen Zielkonflikt zwischen öffentlicher Hand, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist, und der Privatwirtschaft, deren Ziel Gewinne sind. Deshalb müssten ÖPP-Projekte am Ende entweder für den Steuerzahler doch teurer kommen – oder die Unternehmen seien gezwungen, auf Erträge zu verzichten. Was dann langfristig ihre Existenz gefährden könnte. Ulrich Maly, Präsident des Deutschen Städtetags und Oberbürgermeister von Nürnberg, warnt jedoch davor, die Diskussion derart ideologisch zu führen: "Das Thema muss auf das Reale heruntergezogen werden." Im Kern sei jedes öffentliche Bauvorhaben ein Stück weit eine Partnerschaft zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft. Bund, Länder und Kommunen "haben ja selbst keine Handwerksbetriebe", so Maly.

Der Unterschied zum öffentlich ausgeschriebenem Bau- oder Sanierungsprojekt bestehe nur darin, dass private Unternehmen die Finanzierung mitübernehmen und dafür die Immobilien oder Infrastruktureinrichtungen für einen festgelegten Zeitraum betreiben. Maly: "Wenn der Wirtschaftlichkeitsvergleich über den gesamten Zyklus bei einem ÖPP besser ist, sollte die Entscheidung für diese Lösung fallen." Sonst sollte man das Projekt lieber selbst durchführen. Auf den ersten Blick erstaunt es zwar, dass Firmen günstiger sein sollen. Schließlich erhalten Bund, Länder und Kommunen Darlehen zu besonders niedrigen Zinssätzen. Aber Unternehmen sind findiger beim Sparen. Weil die Sanierung der 91 Schulen im Landkreis Offenbach in kurzer

Zeit erfolgte, konnten Hochtief und SKE als Einkaufsgemeinschaft Baumaterialien deutlich günstiger erstehen als es der Landkreis vermocht hätte, wenn er die Schulen über 20 Jahre hinweg in Eigenregie saniert hätte.

Durch die rasche Modernisierung aller Schulen konnten zudem die Betriebskosten schnell reduziert werden. "Der Heizenergieverbrauch ist um 33, der Wasserverbrauch durch moderne Sanitärtechnik um 27 Prozent gesunken", sagt SKE-Geschäftsführer Johannes Huismann. Je nach Anzahl der Schulen, dem Sanierungsaufwand und der Dauer der Partnerschaft könnten Kommunen durch ÖPP im Bildungsbereich Kosten zwischen sieben und 19 Prozent einsparen.

Offenbachs positive Erfahrungen sind kein Einzelfall. Das Institut für Demoskopie Allensbach befragte dafür 39 kommunale Auftraggeber, 103 Schulleiter sowie 31 Elternvertreter. 90 Prozent der öffentlichen Auftraggeber sahen fast ausschließlich Vorteile in dieser Zusammenarbeit. Vor Beginn ihres ÖPP-Vorhabens glaubten übrigens nur 50 Prozent der Schulleiter und 48 Prozent der Elternvertreter, dass dieser Weg richtig sein könnte. Bei einer zweiten Befragung nach mehrjähriger Erfahrung waren 78 Prozent der Schulleiter und 68 Prozent der Elternvertreter davon überzeugt. Insgesamt laufen in Deutschland aktuell mehr als 60 ÖPP-Projekte im Bildungsbereich.